



Praktika gesetzlich absichern

Pressemitteilung von Nele Hirsch, 13. Oktober 2006

Zur von der heute von der DGB-Jugend und fairwork e.V. beim Bundestag eingereichten Online-Petition zum Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Nele Hirsch:

Mit der rechtlichen Grauzone, in der Praktika stattfinden, muss Schluss sein. Deshalb unterstützt die Fraktion DIE LINKE. das Anliegen von fairwork e.V. und der DGB-Jugend. Es kann nicht länger akzeptiert werden, dass junge Menschen von Praktikum zu Praktikum getrieben werden. Die Fraktion DIE LINKE fordert gesetzliche Regelungen gegen die zunehmende Ausbeutung von Praktikantinnen und Praktikanten und wird dazu einen Antrag in den Bundestag einbringen.

Damit werden wir eine gesetzliche Definition von Praktika im Berufsbildungsgesetz einfordern. Praktika sind Lernverhältnisse und müssen von regulären Arbeitsverhältnissen abgegrenzt werden. Es muss gesichert sein, dass sie nur auf wenige Monate befristet sind und nicht verlängert werden können. Der Anspruch auf Vergütung sowie auf Betreuung

und Anleitung im Betrieb muss gewährleistet sein.